



Beschluss des Bundeskongresses
der Europa-Union Deutschland e.V.
vom 30.03.2019

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigen

Populisten und Extremisten in Gesellschaft und Politik unterminieren weltweit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch in Europa.

Ihr Nationalismus, ihr Rassismus und ihre schamlosen Lügen höhlen Solidarität aus und gefährden die europäische Einheit und damit Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Die Europa-Union Deutschland fordert alle demokratischen Akteure in Politik und Gesellschaft auf:

- den Vorschlag der Europäischen Kommission über die Verknüpfung von finanziellen Leistungen aus dem mehrjährigen Finanzrahmen mit der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen;
- sich darüber hinaus für eine Stärkung der europäischen Rechtsstaatsmechanismen durch die Einführung eines „demokratischen Semesters“ analog zum wirtschaftspolitischen „Europäischen Semester“ und effektivere Sanktionsmöglichkeiten einzusetzen;
- sich für die Einführung eines europäischen Dialogs zivilgesellschaftlicher Organisationen analog zum Dialog der Sozialpartner und für ein europäisches Vereinsrecht zur Stärkung und zum Schutz von gemeinwohlorientierten Nichtregierungsorganisationen stark zu machen;
- den Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft zu intensivieren und gemeinnütziges bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen zu fördern;
- die Reform (Modernisierung, Transparenz und Rechtssicherheit der Beteiligung) des Rechts der Gemeinnützigkeit möglichst in einem europaweiten Dialog zu fördern;
- die politische Bildung und das Fach Geschichte verpflichtend für alle Jahrgänge in die Schulcurricula aufzunehmen oder wieder einzuführen;
- den Bildungsauftrag des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks auch in Bezug auf Europa durchzusetzen;
- die Unabhängigkeit und Freiheit der Medien sicher zu stellen;
- in allen Politikfeldern mehr Gewicht auf Chancengleichheit, soziale Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu legen.